

Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 25.10.2005 im Kreishaus Borken Kreisausschuss-Sitzungssaal (2181)

Anwesend:

Vorsitz:

Hermann Horstick Gescher

Mitglieder:

Hartmut Ahold	Bocholt	
Bernd Bense	Schöppingen	ab 17.10 Uhr (TOP 2), Vertretung für Herrn Markus Jasper
Hubert Bestert	Südlohn	
Manfred Epping	Schöppingen	
Wolfgang Kramer	Gescher	
Wilhelm Kröger	Gronau	
Paul Lensing	Borken	
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld	bis 18.50 Uhr (TOP 6)
Franz-Josef Lütkenhorst	Bocholt	von 17.12 Uhr (TOP 2) bis 19.26 Uhr (TOP 8), Vertretung für Herrn Heiko Fischer
Josef Osterhues	Ahaus	bis 19.50 Uhr (TOP 8)
Markus Schulte	Gronau	bis 19.42 Uhr (TOP 8)
Winfried Semmelmann	Borken	
Gertrud Söbbing-Krumkamp	Ahaus	bis 19.42 Uhr (TOP 8)
Gerhard Temminghoff	Vreden	ab 17.10 Uhr (TOP 2)
Friedhelm Weikamp	Rhede	
Holger Weiß	Bocholt	

Gäste:

Thomas Holzschneider TOP 2

Vertreter/innen der Verwaltung:

Hubert Grothues	
Dr. Hermann Paßlick	
Richard Riedel	TOP 1
Peter Sonntag	
Ludger Stienen	
Birgit Schwering	
Olaf Sobek	

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Horstick eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen, insbesondere Herrn Leitenden Kreisbaudirektor Hubert Grothues als neues Mitglied des Verwaltungsvorstandes und somit zuständig für den Ausschuss für Verkehr und Bauwesen sowie Herrn Thomas Holzschneider, der nun erstmalig nicht mehr als Vorstandsmitglied an der Sitzung teilnehme, sondern in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer der Flugplatz Wenningfeld GmbH über den aktuellen Stand der Anpassung des Flugplatzes an die europäischen Sicherheitsbestimmung JAR-OPS 1 referiere.

Vorsitzender Horstick stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Punkt 1: 2. Controllingbericht 2005 für die Budgets 07, 08, 09 und 11
Vorlage: 0261/2005

Berichterstatter: Ludger Stienen, Karl-Peter Theis, Richard Riedel, Peter Sonntag

Auf die Frage von Frau Lindenhahn erläutert Herr Stienen, bei der Einführung von Fahrerkarten handele es sich um eine gesetzliche Neuregelung. Nach dieser müssten Neufahrzeuge mit entsprechenden digitalen Geräten ausgestattet werden. Der Zeitpunkt für die Einführung sei jedoch bis zum Jahresende verschoben worden.

Herr Weikamp erkundigt sich nach der Höhe der ÖPNV-Rücklage. Herr Stienen erklärt, der Bestand der Rücklage, die für Zwecke des ÖPNV angesammelt worden sei, liege bei rd. 950 T€.

Auf Nachfrage von Herrn Lensing erläutert Herr Grothues, dass die Entwicklung der Fallzahlen im Fachbereich Vermessung und Kataster auf die konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen sei.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Verkehr und Bauwesen nimmt die Ergebnisse des 2. Controllingberichtes zum 12.08.2005 für die Budgets 07 - Verkehr, 08 – Bauen, Planen, Wohnen, 09 – Vermessung und Kataster und 12 – Straßen, Gebäude, Grünflächen sowie die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Budgetabwicklung zur Kenntnis.

Punkt 2: Anpassung des Flugplatzes Stadtlohn-Vreden an die Bestimmungen der JAR-OPS 1
Vorlage: 0248/2005

Berichterstatter: Geschäftsführer Thomas Holzschneider

Herr Holzschneider erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation, deren Folien als Anlage zur Niederschrift beigefügt sind, den Fortschritt in der Abwicklung des Grunderwerbs um das Flugplatzgelände sowie die Notwendigkeit für den Kreis Borken, aufgrund der Bereitstellung zusätzlicher Landesmittel seinerseits zusätzliche Finanzmittel für die Durchführung weiterer Bauabschnitte bereitzustellen. Nach seinem Vortrag steht er für Fragen und Anmerkungen der Ausschussmitglieder bereit.

Herr Ahold bittet um Verdeutlichung auf dem Lageplan um das Flugplatzgelände, welche Flächen in den nächsten Jahren für die Nutzung als interkommunales Gewerbegebiet ange-dacht seien und ob die erhofften positiven Auswirkungen für die Wirtschaft bereits eingeschätzt werden könnten. Herr Holzschneider zeigt auf dem Plan mögliche Bereiche, die als Gewerbeflächen in Frage kämen. Im Wesentlichen sei dies der Bereich zwischen Flugplatzgelände und der nördlich parallel verlaufenden Kreisstraße 20. Wieviel Gewerbebetriebe sich dort ansiedelten und in welcher Zahl Arbeitsplätze entstünden, könne derzeit nicht seriös geschätzt werden. Er sehe aber am Beispiel der Firma Excellent Air, die sich am Standort Stadtlohn dauerhaft ansiedeln wolle, dass bereits jetzt 49 Arbeitsplätze im Unternehmen vorhanden seien.

Auf die Frage von Herrn Osterhues, ob die unmittelbar am westlichen Ende der Startbahn gelegene Fläche Ingenhorst, die aus Emissionsgründen ausgesiedelt werde, zur zusätzlichen Erschließung des Flugplatzes genutzt werden könne, entgegnet Herr Holzschneider, dass neben der bisherigen Zufahrt von der K 20 keine weitere Straßenanbindung, etwa von der Baumwollstraße (L 572) geplant sei. Es sei allenfalls sinnvoll, ein geplantes Gewerbegebiet noch zusätzlich von der K 20 aus zu erschließen.

Frau Lindenhahn erklärt, sie sei als relativ neues Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Bauwesen nicht über jedes historische Detail der Diskussion um den Ausbau des Flugplatzes Stadtlohn-Vreden informiert. Sie bitte jedoch um Aufklärung, weshalb das Land NRW plötzlich mehr Fördermittel für weitere Baustufen zur Verfügung stelle, obwohl kein Antrag des Kreises vorgelegen habe. Herr Holzschneider verweist auf die Sitzungsvorlage 0078/2004, die in der Kreistagssitzung am 27.05.2004 verabschiedet worden sei. Darin sei eindeutig auf die Notwendigkeit der Rollbahnerweiterung und die Verlegung der Segelflughahn zu einem späteren Zeitpunkt hingewiesen worden. Gegenstand des Förderantrages seien neben der eigentlichen Erweiterung der Start- und Landebahn auch die nun diskutierten weiteren Bauabschnitte gewesen. Er habe es seinerzeit für nicht nachvollziehbar gehalten, dass der Dinslakener Schwerpunktlandeplatz „Schwarze Heide“ durch die Landesregierung gefördert worden sei, Stadtlohn-Vreden trotz Zusage des damaligen Verkehrsministers jedoch nicht, obwohl die Voraussetzungen für eine Förderung beim Flugplatz in Wenningfeld wesentlich besser gewesen seien als in Dinslaken. Insofern sei er nun froh, dass durch die neue Landesregierung endlich die notwendigen Zuschüsse zur Verfügung gestellt würden, um den zweiten und dritten Bauabschnitt zu realisieren. Angesichts der Größe des Kreis-haushalts sei die zu erwartende jährliche Belastung von rund 56.000 Euro (bei rund 3% Tilgung und 4% Zinsen) nicht nur betriebswirtschaftlich sinnvoll, sondern ein politisch kluger Schritt zur Wirtschaftsförderung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Er sei davon überzeugt, dass bei Realisierung der geplanten Baustufen in fünf bis zehn Jahren erkennbar sei, wie richtig die Entscheidung gewesen sei.

In diesem Zusammenhang erinnert Herr Holzschneider an den in der letzten Woche verstorbenen Geschäftsführer der Flugplatz-Betriebsgesellschaft, Herrn Manfred Pauckert. Herr Pauckert habe sich bis zuletzt sehr engagiert für die Entwicklung des Flugplatzes eingesetzt, wofür ihm Dank und Anerkennung gebühre.

Frau Lindenhahn möchte des Weiteren wissen, ob neben den Investitionsausgaben für den Ausbau des Flugplatzes auch noch weitere Folgekosten auf den Kreis zukämen. Ihres Wissens sei die Verwaltung beauftragt worden, sich um private Investoren zu kümmern. Außerdem sei es interessant zu erfahren, ob sich die Städte Vreden und Stadtlohn an dem Ausbau beteiligten. Herr Holzschneider führt aus, dass die Bürgermeister der beteiligten Städte voll hinter dem Projekt stünden. Dies sei schon daran zu erkennen, dass Teile des Grunderwerbs aktiv von Stadtlohn und Vreden abgewickelt würden. Folgekosten über die Baumaßnahmen hinaus entstünden für den Kreis Borken nicht. Der Erhalt des Flugplatzes sei als Infrastrukturmaßnahme Aufgabe der öffentlichen Hand, somit des Kreises Borken und der beteiligten Städte. Der Betrieb des Flugplatzes obliege der Betriebsgesellschaft, an der der Kreis nicht beteiligt sei und die sich unter anderem aus Start- und Landegebühren finanziere. Er wolle noch einmal betonen, so Holzschneider, dass der Kreis auch ohne Durchführung der Startbahnverlängerung für den Flugplatz Geld in die Hand hätte nehmen müssen, um die mittlerweile abgenutzten Asphaltbeläge der Startbahn und des Rollfeldes zu sanieren. Was die Suche nach privaten Investoren anbelange, sei er zuversichtlich, dass sich nach Abschluss der geplanten Baustufen und Ausweisung eines interkommunalen Gewerbegebietes Interessenten für die Ansiedlung von Betrieben finden würden. Er gebe jedoch zu bedenken, dass angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Lage Unternehmen mit einer Beteiligung an den Infrastrukturkosten heute eher überfordert seien.

Herr Epping erklärt, er zweifle eine positive wirtschaftliche Entwicklung durch den Ausbau des Flugplatzes an. Hier würden große Geldsummen verbraucht, um für einige wenige Privatleute einen komfortablen Flugverkehr zu gewährleisten. Es sei auch nicht einzusehen, dass für die Hobby-Piloten die Segelflughahn verlegt werden müsse. Herr Holzschneider entgegnet, dass bei Übernahme des Flugplatzes durch den Kreis in den 60er Jahren den Segelfliegern vertraglich garantiert worden sei, dass dauerhaft ungehindert Segelflug betrieben werden könne. Aus dieser Verpflichtung heraus sei die Verlegung der Segelflughahn geboten. Die Geschäftsfleger stellten in der Tat nur eine kleine Gruppe bei den Flugbewegungen dar, doch erfolgten deren Flüge nicht zum Selbstzweck, sondern um Geschäften nachzugehen, was zur wirtschaftlichen Entwicklung und letztlich zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen im Kreis Borken führe.

Herr Lensing erkundigt sich nach dem Sachstand der Zusammenarbeit mit der niederländischen Seite, die zu Beginn der Flugplatzdiskussion sehr skeptisch gewesen sei. Im Übrigen interessiere es ihn, ob sich seit Erstellung der Sitzungsvorlage (29.09.2005) bis heute Änderungen in der Kostenkalkulation ergeben hätten. Letzteres wird von Herrn Holzschneider verneint. Der angepeilte Kostenrahmen werde sich nach heutiger Sicht der Dinge wohl nicht ändern. Was die anfängliche Skepsis der Niederländer angehe, sei diese in weiten Teilen großem Interesse gewichen. Die Gemeinde Winterswijk beabsichtige, sich an dem interkommunalen Gewerbegebiet zu beteiligen, wohl auch deswegen, weil der Flugplatz in Twente die Leistungen von Stadtlohn-Vreden nicht erbringen könne.

Herr Bense bittet zum Verständnis um Erklärung, ob der Kreiszuschuss in Höhe von 792.000 € im Jahr 2006 finanziert werde. Dies bestätigt Herr Holzschneider. Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2006 solle über die Finanzierung entschieden werden.

Vorsitzender Horstick stellt nach erfolgter Aussprache die Vorlage zur Abstimmung und erklärt, dass es sinnvoll gewesen sei, die geplanten Bauabschnitte 2 (Ausbau der Rollwege) und 3 (Verlegung der Segelflughahn, GPS-System) nun erstmalig im Ausschuss für Verkehr und Bauwesen beraten zu haben, damit sich der Fachausschuss vor dem Kreistag ein Bild über den Stand der Flugplatzanpassung machen könne.

Vor der Abstimmung wird Herr Wilhelm Kröger als neuer sachkundiger Bürger im Ausschuss vom Vorsitzenden Horstick per Handschlag zu einer gewissenhaften und gesetzmäßigen Wahrnehmung seiner Aufgaben im Ausschuss verpflichtet: „Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben im Ausschuss für Verkehr und Bauwesen nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werde.“

Frau Lindenhahn stellt den Antrag, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ändern:

Streichung des Wortes „zustimmend“ im ersten Absatz, Streichung des zweiten Absatzes.

Vorsitzender Horstick lässt zunächst über diesen Antrag abstimmen.

Beschluss: 5 Ja-Stimmen
 11 Nein-Stimmen
 1 Enthaltung

Der Antrag von Frau Lindenhahn ist somit abgelehnt.

Vorsitzender Horstick lässt daraufhin über den Beschlussvorschlag in seiner ursprünglichen Fassung abstimmen.

Beschluss: 11 Ja-Stimmen
 6 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen

Der Kreistag nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass die bisherige Abwicklung der Maßnahmen zur Anpassung der Start- und Landebahn am Flugplatz Stadtlohn-Vreden vollständig im vorgegebenen Kostenrahmen liegt.

Angesichts einer erhöhten Bereitstellung von Landesmitteln stellt der Kreistag vom notwendigen hälftigen Eigenanteil (900 T€) in Höhe seiner Beteiligung an der Flugplatz Wenningfeld GmbH (88 %) die Finanzierung weiterer Baustufen (Erneuerung und Anpassung der Rollwege, GPS-System sowie Verlegung der Segelflughahn) bereit. Dies entspricht einem Betrag von 792 T€.

Punkt 3: Optimierung der Linienführung der Linien 751 und 761
Vorlage: 0257/2005

Berichtersteller: Ludger Stienen

Vorsitzender Horstick erläutert, dass der Rat der Stadt Gescher den Vorschlag der Verwaltung beraten und zur Kenntnis genommen habe. Die Gemeinde Velen sei demgegenüber mit der vorgeschlagenen Linienführung nicht einverstanden.

Herr Stienen führt aus, dass schon früher überlegt worden sei, die Linienführung der Linien 751 und 761 zu optimieren. Der ursprüngliche Vorschlag der Gutachter im Rahmen der Nahverkehrsplanung sehe einen geradlinigen Verlauf nach Coesfeld vor. Damit bestehe die Möglichkeit, mehr Nutzer zu erreichen und damit die Einnahmesituation zu verbessern. Eine Reduzierung der Fahrzeit führe zudem zu Kosteneinsparungen. Der Ortsverkehr zwischen Gescher und Hochmoor könnte z. B. über eine Taxibusverbindung bedient werden. Hinzuweisen sei auf die Tatsache, dass WB die Linie ohne kommunale Zuschüsse, also eigenwirtschaftlich betreibe. Evtl. zusätzlich entstehende Kosten müssten vom Kreis Borken getragen werden. Eine Veränderung der Linienführung bringe laut WB keine zusätzlichen Nutzer. Ein Verlust von Fahrgästen könne auch nicht durch potentielle Neukunden kompensiert werden. Darüber hinaus entstünden durch ein neues Angebot, das auch den Schülerverkehr zwischen Gescher und Hochmoor bediene, ein zusätzlicher Kostenaufwand. WB habe in den gemeinsamen Gesprächen auf diese Konsequenzen hingewiesen, sehe aber die Notwendigkeit, nach Optimierungsmöglichkeiten im Sinne des Anliegens der Gemeinde Velen zu suchen. Für die Linie 751 werde vorgeschlagen, die Fahrzeit durch die Einrichtung eines Wendeplatzes an der Fabrikstraße zu verkürzen. Die Attraktivitätssteigerung komme auch der Gemeinde Velen zugute. Eine fahrzeitneutrale Verlegung der Linie 761 sei innerhalb der Stadt Gescher vorgesehen, damit die Wohnbereiche bedient würden, die die 751 nicht mehr abdecke. Die Gemeinde Velen sei mit diesem Vorschlag nicht einverstanden, da die direkte Verbindung nach Coesfeld nicht gewährleistet sei. Velen dränge ersatzweise auf eine neue Linienführung der 761 über Velen. WB habe deutlich gemacht, das gesamte Konzept zu überprüfen. Die Verwaltung schlage daher vor, den Linienweg der 751 wie vorgeschlagen zu verlegen. Die Veränderung der Linienführung der 761 solle von WB im Sinne des Anliegens der Gemeinde Velen überprüft werden.

Herr Schulte weist darauf hin, dass im Rahmen der Nahverkehrsplanung ein Gesamtkonzept vorgelegt worden sei, aus dem die vorgelegte Problematik herausgenommen worden sei. Es bestehe die Zusage, bis zum heutigen Tag ein Lösungskonzept vorzulegen.

Herr Dr. Paßlick äußert, dass er die Ungeduld der Ausschussmitglieder verstehe. Das Problem sei jedoch nicht zur Zufriedenheit aller lösbar. WB sehe für sich gegenüber allen Gemeinden gleiche Verpflichtungen. Hinzuweisen sei darauf, dass die vorliegende Lösung nicht als dauerhaft angesehen werden könne. Nachvollziehbar sei die Enttäuschung der Gemeinde Velen, für die im Nahverkehrsplan eine zügige Verbindung nach Coesfeld in Aussicht gestellt worden sei. Er schlage vor, das gesamte Konzept zu überdenken. Dem Verkehrsunternehmen, das die Linie eigenwirtschaftlich betreibe, müsse die Möglichkeit der Umplanung gegeben werden. Die Verbesserung in Gescher müsse kurzfristig umgesetzt werden. Das Anliegen der Gemeinde Velen werde im nächsten Jahr von WB aufgegriffen.

Herr Kramer ist dafür, den Vorschlag der Verwaltung anzunehmen. Der Nahverkehrsplan sei bis auf die Problematik schlüssig. Der Prüfungsauftrag sei vom Ausschuss für Verkehr und Bauwesen formuliert worden. Es sei richtig, die neue Linienführung zum Fahrplanwechsel umzusetzen.

Auf die Frage von Frau Lindenhahn antwortet Herr Stienen, dass WB bereits im Rahmen der Anhörung zum Nahverkehrsplan auf die Risiken für die Wirtschaftlichkeit der Linien hingewiesen habe.

Herr Lensing erkundigt sich nach den Kosten für die Einrichtung der Haltestelle und des Wendeplatzes in Gescher. Vorsitzender Horstick erläutert, die Stadt Gescher habe die Absicht, die Haltestelle einzurichten. Die finanziellen Mittel stünden bereit. Er weise auf die Interessen der Gemeinde Velen hin.

Herr Dr. Paßlick betont, dass es sinnvoll sei, die ausgearbeiteten Vorschläge zur Linienführung in Gescher zum nächsten Fahrplanwechsel vorzunehmen.

Beschluss: einstimmig

Die Verwaltung wird beauftragt, die Optimierung der Linienführung in Gescher für die Linien 751 und 761, wie in der Sachdarstellung beschrieben, mit der Westfalen Bus GmbH als Konzessionsinhaberin zu vereinbaren. Die Änderungen sollen zum Fahrplanwechsel Anfang 2006 umgesetzt werden. WB erhält den Auftrag, die Linienführung im Sinne des Anliegens der Gemeinde Velen zu überprüfen und einen Vorschlag vorzulegen.

Punkt 4: Künftiges Fahrtenangebot auf der Linie 731 (Bocholt - Rhede - Oeding - Vreden)
Vorlage: 0268/2005

Berichterstatte:r: Ludger Stienen

Herr Stienen erläutert die Sitzungsvorlage. Er schlägt vor, den Beschluss zunächst für den Zeitraum eines Jahres zu fassen, um dann auf der Basis der Nutzerzahlen für 2007 neu zu entscheiden.

Auf die Anmerkung von Herrn Osterhues, der den finanziellen Aufwand für hoch hält, weist Herr Stienen darauf hin, dass es sich um Hin- und Rückfahrt an den Ferientagen handele.

Vorsitzender Horstick erklärt, dass es nicht Ziel sein könne, die Verbindung ganz aufzugeben.

Herr Stienen erläutert auf die Nachfrage von Frau Lindenhahn, dass die Verbindung durchgängig bis Bocholt fahre. Es handele sich um ein eigenwirtschaftlich gefahrenes Angebot von WB. Ausschlag für den Vorschlag der WB zur Fahrplankürzung sei gewesen, dass die Kostendeckung bei nur 35 % liege.

Vorsitzender Horstick fasst zusammen, dass der Vorschlag im kommenden Jahr umgesetzt werden solle. Er erwarte einen Bericht über die Umsetzung.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss hat zur Kenntnis genommen, dass die WB das eigenwirtschaftliche Fahrtenangebot auf der Linie 731 ab dem Fahrplanwechsel 09. Januar 2006 auf die für den Schülerverkehr notwendigen Fahrten beschränkt wird.

In den Ferien sollen die beiden Kurse morgens und mittags zwischen Rhede und Vreden mit einem Kleinbus gefahren werden. Die Kosten dafür (jährlich rund 7.000 Euro) übernimmt der Kreis Borken. Diese Zusage gilt zunächst für das Jahr 2006. Die Erfahrungen 2006 sollen Grundlage für die Entscheidung sein, ob die Linie auch ab 2007 in dieser Weise bedient wird.

Punkt 5: Zuschuss an den Bürgerbusverein Südlohn-Oeding e. V.
Vorlage: 0265/2005

Beschluss: einstimmig

Dem Bürgerbusverein Südlohn – Oeding wird für die erstmalige Beschaffung eines Fahrzeuges ein Zuschuss in Höhe von 5.000,00 EURO gewährt.

Punkt 6: Weiterbetrieb des Fietsenbusses im Jahr 2006
Vorlage: 0259/2005

Berichterstatter: Ludger Stienen

Vorsitzender Horstick verweist auf die als Tischvorlage ausgelegte Fahrgastbefragung.

Herr Stienen erläutert die Sitzungsvorlage. Das neue Angebot sei durchweg gut angekommen. Neben der Förderung des ÖPNV und des Fahrradfahrens sei auch Imagewerbung für den Kreis Borken betrieben worden. Daher werde der Weiterbetrieb vorgeschlagen. Gelegentlich habe es Hinweise von den Nutzern gegeben, dass die Fahrtkosten durch den Zusatztarif für die Fahrradmitnahme zu hoch seien. Der Tarif werde von der VGM festgelegt. Gleichwohl sei zu prüfen, ob es für das Projekt sinnvoll und möglich sei, die Gebühr für die Fahrradmitnahme niedriger festzusetzen. Mindereinnahmen könnten durch steigende Fahrgastzahlen kompensiert werden. Umlaufbedingt fahre der Fietsenbus am Samstagmorgen bis nach Gronau. Wolle man das Angebot Samstag nachmittags und sonntags ebenfalls bis Gronau fahren, müsse die Umlaufplanung derart umgestellt werden, dass die Linie mit zwei, anstatt mit einem Bus gefahren werde. Entsprechend ergäben sich gravierende Mehrkosten (rund 17.000 €). Angesichts der Tatsache, dass zwischen Ahaus und Gronau auch am Wochenende Bahnverkehr bestehe, bei dem regelmäßig die Fahrradmitnahme möglich sei, habe die Stadt Gronau hier keine Nachteile. Die Entwicklungskosten für eine Bedienung des Südkreises wären vergleichbar mit der Neukonzipierung der Fietsenbus-Linie auf der R 76. Landeszuschüsse seien nicht zu erwarten. Komplizierter sei die Umsetzung dadurch, dass die Linie zwischen Borken und Bocholt betriebstechnisch durchgebunden sei bis Coesfeld und von verschiedenen Unternehmern gefahren werde. Für eine Einrichtung eines Fietsenbusses auf der Achse Borken - Heiden – Reken gelte Ähnliches. Bei den Betriebskosten sei zu berücksichtigen, dass auf der R 76 am Wochenende überwiegend nur Taxi-Busse verkehrten, so dass durch die Umstellung auf den Linienbus erheblicher Mehraufwand entstünde. Im Übrigen sei die Ausrichtung des Fietsenbusses auf Reken insofern nicht so attraktiv, weil die Mehrheit der Freizeitradfahrer ebene Flächen vorzögen. Ein Stundentakt würde die Akzeptanz und die Flexibilität bei den Radfahrern erhöhen. Zusätzliche Investitionen wären nicht erforderlich. Aber durch die Verdichtung auf einen Stundentakt würden die Betriebskosten steigen. In den Ferienzeiten bestehe an den Wochentagen Nachfrage nach dem Fietsenbus. Auch der betriebliche Mehraufwand müsse nicht deutlich steigen. Grundsätzlich geklärt sei, dass die Umsetzung bei der derzeitigen betrieblichen Organisation möglich sei.

Herr Schulte schlägt vor, den Fietsenbus am Samstag Abend oder Sonntag auch von Gronau aus fahren zu lassen, da der Bus ohnehin in Gronau abgestellt sei. Zudem sei es sinnvoll, die Verbindung zur Bahn deutlicher hervorzuheben und eine Vernetzung mit anderen Radfahrprojekten zu erreichen.

Auf den Vorschlag von Herrn Lensing, den Preis für die Tourenmappen anzupassen, erläutert Herr Stienen, dass es sich lediglich um eine Schutzgebühr handele. Die Investition sei von Land gefördert worden. Im kommenden Jahr stünden keine weiteren Zuweisungen des Landes mehr an, daher könne auch der Verkaufspreis angepasst werden.

Beschluss: einstimmig

Der Fietsenbus wird auch in der Saison 2006 in der gleichen Form wie 2005 weiter betrieben. In den Sommerferien soll das Angebot täglich gelten.

**Punkt 7: Anhörungsverfahren zum Zweiten Nahverkehrsplan des Zweckverbands
SPNV Münsterland
Vorlage: 0267/2005**

Berichterstatte:r: Ludger Stienen

Vorsitzender Horstick erläutert, dass ab 2006 eine neue Betreibergesellschaft den Betrieb aufnehme. Es würden neue Fahrzeuge eingesetzt. Dies bedeute für den Kreis Borken eine Weiterentwicklung im Schienenpersonennahverkehr. Die Verbindung Borken – Dorsten – Essen sei gut ausgelastet. Weitere Entwicklungen müssten unterstützt werden.

Herr Ahold verweist auf Seite 116 des Entwurfs. Die Städte Bocholt und Rhede unterstützten die Reaktivierung nicht. Er werde sich der Stimme enthalten.

Herr Weikamp weist darauf hin, dass es sich lediglich um eine Option handele. Die Stadt Rhede habe beschlossen, dass eine Reaktivierung derzeit nicht realistisch sei. Die Aufnahme einer Option halte er aber für sinnvoll.

Vorsitzender Horstick erklärt, dass der Entwurf des Nahverkehrsplanes SPNV Münsterland die Beschlüsse des Zweckverbandes widerspiegeln. Für die Entwicklung des Kreises Borken sei auch die Aufnahme entsprechender Optionen sinnvoll und wichtig.

Herr Semmelmann weist darauf hin, dass die Städte Bocholt und Rhede selbst das Recht der Stellungnahmen im Rahmen der Anhörung hätten.

Beschluss: 15 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

Der Ausschuss nimmt den Entwurf des Zweiten Nahverkehrsplanes SPNV zur Kenntnis. Dem vorgeschlagenen Ablauf des Beteiligungsverfahrens wird zugestimmt.

Punkt 8: Mitteilungen der Verwaltung

1. Herr Dr. Paßlick erläutert den Stand des Verfahrens zur Umstrukturierung der Regionalverkehr Münsterland (RVM). Die Regie- und Bestelleinheit werde gegründet. Zur Zeit werde im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft in regelmäßigen Abständen getagt.

Nicht abschließend geklärt sei der Abschluss eines Verkehrsvertrages mit der RVM. In Kürze erfolge die Abschlussbesprechung mit dem beauftragten Gutachtern.

Im Rahmen der Entflechtung der WVG von der RVM werde eine Übertragung der Gesellschafteranteile auf die Kreise ins Auge gefasst. Dies gehe konform mit den Wünschen der anderen Gesellschafter. Ziel sei es, die Selbständigkeit des Verkehrsunternehmens zu fördern und die Kosten transparenter zu gestalten.

Die Frage nach der Einbeziehung eines Privaten habe intensive politische Diskussionen ausgelöst. Die Verwaltung sei beauftragt worden, auch andere Lösungen zu prüfen. Der eingeleitete Restrukturierungsprozess der RVM werde weiter betrieben. Die Verträge mit den Kooperationsunternehmen würden neu verhandelt. Ungeklärt sei, wie der eigene Fahrbetrieb in Zukunft betrieben werde. Zunächst würden getrennte Rechnungslegungen eingeführt.

Der Kreis Steinfurt hatte Ende des Jahres 2004 eine Austrittskündigung vorgenommen. Dem Kreistag des Kreises Steinfurt werde nun empfohlen, diese Kündigung wieder zurückzunehmen. Damit seien alle Partner wieder eingegliedert und es könne ein sinnvolles Ergebnis erzielt werden.

Um die aktuellen Entwicklungen aufzuarbeiten sei es sinnvoll, dass die Interfraktionale Arbeitsgruppe ÖPNV zusammenkomme. Als Termin wird der 5. Dezember 2005 vorgeschlagen.

2. Herr Stienen informiert die Ausschussmitglieder über das Pendlernetz. Vereinbart gewesen sei zunächst eine Anschubfinanzierung. Nunmehr liege ein Angebot der Betreiberfirma vor. Danach seien die Kosten gestiegen. Es sei angemerkt worden, dass die Überprüfung der Erfolge nur unzureichend möglich sei. Es könne festgestellt werden, dass die Nutzung des Systems nur gering sei. Daher werde vorgeschlagen, zunächst auf das Angebot einzugehen, damit das Netzwerk weitergeführt werden könne. Es müsse jedoch darauf hingewirkt werden, dass das Land einsteige, damit eine flächendeckende Versorgung gewährleistet werden könne. Der Vertrag werde daher zunächst weiterlaufen und die Entwicklung überprüft.
3. Herr Stienen erläutert die Entwicklungen im Schienenpersonennahverkehr. Die Ausschreibungen auf den Linien Borken – Essen und Dorsten – Coesfeld habe die Nordwestbahn gewonnen. Diese werde neue Fahrzeuge mit hohen Qualitätsansprüchen anschaffen. Erwartet werde eine höhere Akzeptanz der Linien. In Borken und Bocholt seien die Reisedeckungen in private Hände abgegeben worden. In Borken sei der Mitarbeiter der Bahn vom privaten Betreiber übernommen worden. In Bocholt übernehme die Bocholter Eisenbahngesellschaft nunmehr die Aufgaben.

Punkt 9: Anfragen

Auf die Anfrage von Herrn Weikamp, erklärt Dr. Paßlick, dass auf der Strecke Borken – Essen durchgängig der VRR-Tarif vereinbart werde. Der Tarifsprung in Rhade sei damit schon seit Jahren aufgehoben. Soweit dennoch ein erhöhter Tarif erhoben werden, solle eine Meldung an den ZVM erfolgen.

Herr Epping weist darauf hin, dass auf der Linie 761 der Schülerverkehr von Vreden nach Stadtlohn nicht mit dem Stundenplan der Beruflichen Schulen übereinstimme. Herr Dr. Paßlick sieht nur die Möglichkeit, die Stundenpläne entsprechend anzupassen, um Wartezeiten für die Schüler zu vermeiden.

Vorsitzender Horstick schließt die Sitzung um 20:00 Uhr.

Horstick
Vorsitzender

Sobek Schwering
Schriftführer